

Zeitläufe anzuerkennen, daß sich die Bischöfe, als König und Adel Schwierigkeiten machten, die Bestimmungen des Konzils von Trient anzuerkennen, feierlich dazu stellten (7. 6. 1615), ohne selbst für die disziplinären Anordnungen die gallikanischen Freiheiten anzurufen. Diese spielten nur bei einzelnen Kirchenvertretern eine besondere Rolle, wurden aber wohl stillschweigend von allen anerkannt. Die Untersuchung zeigt auch, daß der dritte Stand schon 1561 den Antrag auf völlige Enteignung der Kirche stellte. U. W. gab es noch keine Studie, die die Eigenstellung des dritten Standes bis 1789 aus den Quellen erforscht hätte. Der Klerus steht in absoluter Treue zum Königtum, mag er sich auch immer wieder über die Eingriffe der staatlichen Behörden in kirchliches Gebiet beklagen. Der Zug der Zeit geht dem Zentralismus zu. Wenn dadurch die Kirche beeinträchtigt wird, erhebt er lebhaftige Klage (zeigt sich aber ebenso zentralistisch gesinnt, wenn es sich um die Seelsorgetätigkeit der Ordensleute handelt). Die langwierigste Angelegenheit jeder Kirchenversammlung war die geldliche Unterstützung der Krone. Wenn man die vom König geforderten Hilfsgelder mit dem Gesamthaushalt des Staates vergleicht, erscheint der Beitrag der Kirche als sehr bescheiden und steht in keinem Verhältnis zu den lauten Kundgebungen, die sich gegen die Forderung der Regierung wenden. Man hat aber den Eindruck, daß die Hilfsgelder zum weitaus größten Teil auf die Inhaber der kleinen Pfründen umgelegt wurden, die auch eine kleine Minderung des Einkommens bitter spürten, daß dagegen die großen Pfründeninhaber auf Grund ihrer Privilegien verschont blieben. Nur einmal wird erwähnt, daß der Not des Staates wegen sich auch die Kardinäle an den Spenden beteiligten (I 386). Alles in allem ergibt die Studie das Bild eines Klerus, der im Sinn des Trienter Konzils sehr reformfreudig ist, der sich aber auch immer inniger mit dem König verbindet als der besten Stütze der Religion.

H. Becher SJ †

RITTER, Gerhard: *Staatskunst und Kriegshandwerk*. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. 2: *Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich* (1890–1914). München: R. Oldenbourg 1960. 393 S. Ln. DM 30,-.

Beim Versuch diese wichtige Neuerscheinung zu werten, stößt man gleich auf die Schwierig-

keit den Begriff des Militarismus genau zu bestimmen. R. versucht, ihn abweichend von der herkömmlichen Weise als eine solche Übersteigerung und Überschätzung des Soldatentums zu definieren, „durch die das natürliche Verhältnis von Staatskunst und Kriegshandwerk ‚ungesund‘ wird“ (118). Das natürliche, gesunde Verhältnis zwischen beiden fordert den „Primat der politischen Führung über die militärische, des politischen Denkens über das soldatische“ (32). Später umschreibt er den Militarismus noch einmal als „ein einseitiges Kämpfertum und Über-täuben der politischen Vernunft durch rein militärtechnische Überlegungen“ (283). Was R. mit seiner Begriffsbestimmung im Auge hat, ist der Gesinnungsmilitarismus, d. h. eine bürgerlich-soziale Überschätzung des Soldatenstandes und eine Überschätzung seiner Bedeutung für das Allgemeinwohl. Das aber würde ebenso wie eine weltpolitische auch eine soziologische Untersuchung verlangen, während R. sich doch im Ganzen auf die zwischenstaatlichen Auswirkungen beschränkt.

Der Gesinnungsmilitarismus war im wilhelminischen Deutschland sehr stark; indessen hat der zunächst mehr „materiale“ Militarismus Frankreichs und Englands zur Erhöhung der internationalen Spannung und zur latenten Kriegsgefahr kaum weniger beigetragen. Zudem ist es kaum möglich, daß in einem demokratischen Land mit allgemeiner Wehrpflicht ein „materialer“ Militarismus nicht in einen Gesinnungsmaterialismus übergeht. Und wie stark der materiale Militarismus zumal in Frankreich war, darauf weist Ritter immer wieder hin. Das vielgelästerte Preußen-Deutschland blieb mit seinen Heeresrüstungen „hinter seinen Nachbarn verhängnisvoll weit zurück“ (32).

Ritter deckt aus der Vorgeschichte des ersten Weltkrieges Dinge auf, die man bisher in diesem Umfang nicht ahnte. In Deutschland ist die Verfassung derart, daß die Reichsregierung gegenüber den Militärbehörden von vornherein sehr heikel gestellt ist. Der Kaiser, die Spitze, in der beide Gewalten zusammenlaufen, hätte dem Übel steuern können, wenn er ein Staatsmann gewesen wäre. Das war er nicht. Es ist geradezu beschämend, wie unfähig er war und wie er auf die Quertreibereien seiner Hofleute hereinfiel und ihnen seine besten Politiker opferte. So kam die Staatskunst zu kurz und wurden militärtechnische Motive über Gebühr berücksichtigt.



Wie verheerend sich solche Pläne (Schlieffenplan) politisch auswirken mußten, hätten doch wenigstens die Männer der Reichsregierung erkennen müssen. Das war bei weitem nicht der Fall, und soweit sie es erkannten, taten sie nichts dagegen oder konnten nichts tun, weil der Kaiser sie nicht stützte. Keiner wollte den Krieg – aber man ließ die Dinge treiben. In Österreich sah es eher noch trostloser aus. Der Untergangspessimismus lähmte die staatsmännische Umsicht und verschaffte den Draufgängern (Conrad v. Hötzendorff) das Übergewicht. Nach dem Mord von Serajewo hat ihnen das rückhaltlose deutsche Hilfsversprechen noch den Rücken gestärkt.

Die Verantwortung der Ententemächte war kaum geringer: in Rußland wurde 1914 der Frieden einem überhitzten nationalistischen Prestigebedürfnis geopfert. Und England hat seine jahrhundertealten Grundsätze vom europäischen Gleichgewicht schon um die Jahrhundertwende Stück für Stück preisgegeben. Einerseits behauptete man, das preußisch-deutsche Vormachtstreben zwinge zum Bündnis mit Frankreich und Rußland, andererseits konnten die englischen Staatslenker gar nicht übersehen, daß die Übermacht der russisch-französischen Militär-Allianz schon für sich allein einfach erdrückend war. Deswegen ist auch Englands Verhalten nicht einfach durch nüchterne Staatsräson, sondern weitgehend durch arationale Animositäten bestimmt gewesen. Daß Frankreich auf seine Stunde wartete, ist einleuchtend.

Die Kriegsmaschinerie ist von allen Seiten aufgebaut worden. Und doch scheute jeder davor zurück, sie wirklich in Gang zu bringen. Die Versuche, im Sommer 1914 den Frieden zu retten, waren aber deswegen schon von vornherein zwiespältig, weil im Grunde genommen alle von der Idee behext waren: der große Krieg, die militärische Auseinandersetzung zwischen den eifersüchtigen Machtblöcken lasse sich auf die Dauer doch nicht vermeiden.

G. F. Klenk SJ

KENNAN, George F.: *Amerika und die Sowjetmacht. Der Sieg der Revolution*. Übers. v. Hans Dieter Müller. Stuttgart: Steingrüben Verlag 1956. 518 S. Ln. DM 30,-.

Kennan ist Kenner Rußlands als Diplomat und als Historiker. Was er hier in einer glänzend geschriebenen Studie über die Anfänge und den Sieg der russischen kommunistischen Revolution sagt, ist daher gewichtig. Was sagt uns

sein Buch heute, 40 Jahre nach jenen Ereignissen, wenn wir vom gegenwärtigen Stand der Dinge zurückblicken? Wenn wir darauf eine Antwort suchen, halten wir uns nicht zu sehr an die Schlüsse, die Kennan selbst ausdrücklich aus den Ereignissen zieht, als vielmehr daran, was der ausgebreitete Stoff an Folgerungen nahelegt.

1. Es gibt einige scharfsinnige Amerikaner, die die grundsätzlich antidemokratische, unmenschliche, zu keinem Kompromiß wirklich und dauerhaft bereite Grundhaltung der roten Führer erkennen und die dogmatische Härte ihrer Ideologie erfassen.

2. Daneben finden sich viele, auch unter den amtlichen oder getarnten diplomatischen Vertretern und Agenten der USA, die den Kern dieser neuen, unerhörten sozialen, weltanschaulichen und politischen Kraft falsch einschätzen.

3. Die Folge ist eine uneinheitliche Reaktion der amerikanischen Politik gegenüber dem neuen Gesellschafts- und Staatsgebilde der Sowjetunion.

4. Noch blinder als gewisse USA-Politiker und Diplomaten erscheinen die mittel- und westeuropäischen Staatsmänner gegenüber dem, was der russische Umsturz bedeutete. Sie sind befangen in nationalistischen Vorurteilen, finden in überhitztem Hasse keinen Weg zu einem Verständigungsfrieden und beweisen damit die Unfähigkeit sowohl des westlich-demokratischen als auch des deutschen Nationalismus zu vernennen, welche Stunde es in der Weltgeschichte geschlagen hat.

5. Die Vereinigten Staaten kämpfen auf den europäischen Schlachtfeldern zwar weniger aus nationalistischer Leidenschaft, vertreten aber eine unrealistische Ideologie, die sich treffend in der Botschaft ausdrückt, die Wilson am 4. Dezember 1917 an den amerikanischen Kongreß richtete und in der er davon sprach, daß „der Krieg gegen die deutsche Autokratie . . . bis zum Ende durchgefochten werden müsse“ (147/48). Man bedenke: Amerika verbündet sich 1917 mit dem zaristischen Rußland, um die deutsche und österreichische „Autokratie“ niederzuschlagen.

So war in dem schicksalsschwangeren Winterhalbjahr 1917/18 kein Faktor in der Weltpolitik vorhanden, der glaubwürdig und erfolgreich für einen Ausgleichsfrieden eingetreten wäre oder hätte eintreten können.

G. F. Klenk SJ